

Fabian Fritz, Sinah Mielich

Demokratiebildung in und nach der Zeit von COVID-19. Perspektiven für die (politische) Kinder- und Jugendbildung.

„Die Zukunft demokratischer Gesellschaften hängt von der demokratischen Zukunft der Vereine ab – und diese von der pädagogisch angeleiteten demokratischen Integration Jugendlicher.“ (H. Richter 2010: S. 141)

Die gegenwärtige soziale, wirtschaftliche und demokratische Krise, die sich bereits vor „Corona“ abzeichnete, sitzt tief. Im Moment äußert sie sich – zugespitzt durch die Pandemie – in einer anrollenden Rezession, der Verschärfung sozialer Ungleichheit, Verunsicherung, Isolation und Demokratieverlust.

Gleichzeitig gibt es mehr Verständigung untereinander, die – regional und national unterschiedlich rigiden – antidemokratischen Notstandsgesetze geraten zunehmend in die Kritik, an vielen Hochschulen wird für ein Solidar- und Ausnahmesemester gestritten und es wird deutlich, dass die Privatisierung und Profitorientierung des Gesundheitssystems überwunden werden muss.

In dieser Zeit, die von rasanten Entwicklungen und kurzlebigen Entscheidungen geprägt ist, möchten wir einen Beitrag leisten, der sich als Diskussionspapier und eigene Standortbestimmung versteht. Der folgende Text wurde von uns aus der Motivation heraus verfasst, mit den interessierten Kolleg*innen in eine Debatte zu kommen, aber auch, um in der Lehre in den Bereichen Sozialpädagogik und Soziale Arbeit mit Studierenden die aktuelle Lage beraten und Konsequenzen ziehen zu können. Darauf, dass die Bewältigung einer Epidemie nicht nur ein Job für Mediziner*innen und Virolog*innen ist, sondern „nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung“ unter „Mitwirkung von Vertretern der Sozialwissenschaften, Public Health, Ethik, Ökonomie, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft“ zu bewältigen ist, haben Schrappe et al. (2020: S. 4) hingewiesen. In *unserem* Beitrag dazu nehmen wir die Perspektive einer Demokratiebildung, wie sie am und um den Arbeitsbereich Sozialpädagogik an

der Universität Hamburg vertreten wird, ein. Gleichzeitig wollen wir an vorliegende Texte zum Thema anknüpfen und beziehen uns hierbei auf die Beiträge von Alexander Wohnig (2020) zur politischen Bildung sowie von Werner Lindner und Claudius Siebel (2020) zur Kinder- und Jugendarbeit (KJA). Wir freuen uns über eine angeregte und unseres Erachtens notwendige Debatte sowie die Entwicklung von Perspektiven für Demokratiebildung in und nach „Corona“.

Die Krise als Ist-Zustand des kapitalistischen Systems

Auch wenn das Corona-Virus bzw. die Maßnahmen zur Verzögerung seiner Ausbreitung den Alltag der Menschen nun schon eine ganze Weile prägen und diejenigen, die es in großen Wohnungen gut zuhause aushalten können, Gefallen an der „Entschleunigung“ finden, möglicherweise weil – wie Prantl schreibt – „Corona [...] einer überreizten, überforderten, erschöpften Gesellschaft eine Zwangspause [verschafft]“ (Prantl 2020), gilt es, eine Perspektive einzunehmen, die die gesamte Gesellschaft in den Blick nimmt. Die Reaktionen auf die Pandemie treffen vor allem diejenigen hart, die die ökonomische und soziale Ungleichheit auch schon vor dem Ausbruch zu spüren bekamen. Das gilt nicht nur für ausgebranntes und schlecht bezahltes Pflegepersonal und LKW-Fahrer*innen als Beispiele für die „systemrelevanten Berufe“ oder für Studierende, die gerade zuhauf ihren Job im Gastro- oder Kulturbereich verloren haben, sondern auch für die tausenden geflüchteten Menschen, die vor den Toren Europas ihrem Schicksal überlassen werden, während die Spargelernte in Deutschland mit allen Mitteln gesichert wird. Dies mag zynisch wirken, ist jedoch als Symptom des kapitalistischen Systems zu verstehen. Dieses System ist geprägt durch Krisen, in die die Auswirkungen von „Corona“ einzuordnen sind. In der Gesamtschau ist die SARS-CoV-2-Pandemie zwar als medizinischer Ausnahmezustand zu verstehen und muss ernst genommen werden, sie aber aus wirtschaftlicher und politischer Sicht ebenfalls so einzuordnen, erscheint verkürzt. Hier sollte man vielmehr vom Ausnahmezustand im Ausnahmezustand sprechen – aus dem mit der kapitalistischen Logik kein nachhaltiger Ausweg

gefunden werden kann. Habermas spricht nicht ohne Grund beim Zusammenspiel von Kapitalismus und Demokratie von einer „Krisenerzählung“ (Habermas 2013: S. 63).

Diese im ökonomischen Teilsystem begründeten Krisen „finden [wiederum] auf dem Resonanzboden der Zivilgesellschaft ein Echo [...] [in Form eines] vorpolitischen Allgemeinbewusstseins [...] [zu] Themen, die einen Handlungsbedarf der Politik einfordern“ (Habermas 2019: S. 46). Problematisch ist dabei jedoch, dass dieses „vorpolitische Allgemeinbewusstsein“ aktuell von der jahrzehntelangen neoliberalen Einrede von Individualismus und Konkurrenz geprägt ist. So wird der Solidaritätsbegriff aktuell auf „stay home“ und im besten Fall auf die Versorgung der älteren Mitmenschen mit Nahrungsmitteln reduziert. Dabei wird nicht an Zusammenhaltshetorik gespart, die eine große „Corona-Gemeinschaft“ konstruiert, die weiterhin real existierende (und sich in der Krise verschärfende) soziale Ungleichheit jedoch ausblendet. Gleichzeitig steigt der Bedarf an sozialer Verständigung, wie die Krise und der Demokratieabbau einzuordnen sind und wie es weitergeht. Mario Neumann und Maximilian Pichl stellen daher die drängende Frage, wie die sich öffnenden Räume für kollektive Kämpfe und ein solidarisches Miteinander genutzt werden können (vgl. Neumann/Pichl 2020). Am Ende solcher Überlegungen muss sicherlich auch die von Habermas eröffnete grundsätzliche Frage nach Kapitalismus *oder* Demokratie (vgl. Habermas 2013: S. 63ff.) stehen. An ihrem Anfang stehen jedoch eine „politische[] Öffentlichkeit [...] [und] günstige Bedingungen [...] [zur Entfaltung] mobilisierender Kraft“ (Habermas 2019: S. 46). Berücksichtigt man nun die Feststellung Oskar Negts und Christine Morgenroths, dass „Demokratie [...] die einzige staatliche Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss“ (Negt/Morgenroth 2017) und anerkennt man die aktuelle Lage als *günstige Bedingung zur Entfaltung mobilisierender Kraft*, dann gilt es für die Sozialpädagogik und die Soziale Arbeit die naheliegende Frage nach den Potentialen und Perspektiven einer Demokratiebildung zu stellen, die sich dieser

Herausforderung annimmt. Daher sei im Folgenden kurz das von uns zugrunde gelegte Konzept von Demokratiebildung erläutert¹.

Demokratiebildung und Sozialpädagogik: Eine Verortung

Der Europarat verortete Demokratiebildung bzw. „Education for Democratic Citizenship“ bereits 2010 neben der formalen Bildung in der Schule vor allem in der „außerschulischen Bildung und de[m] außerschulischen Lernen“ (COE 2010: S. 5f.). Der Arbeitsbereich Sozialpädagogik der Universität Hamburg konkretisiert dies und verortet das Potenzial für Demokratiebildung in der Kommune, speziell in kommunalen Vereinen. Die „Vereinspädagogik“ bzw. „Kommunalpädagogik“ (vgl. Sturzenhecker 2019: S. VIII, H. Richter 2001) ist eine an der deliberativen Demokratietheorie orientierte „Pädagogik des Sozialen“ (vgl. H. Richter 2019: S. 143ff.), die auf einen gesellschafts- und bildungstheoretisch begründeten Demokratiebegriff verweist. Anknüpfend an John Dewey wird Demokratie als bloße Regierungsform durch die Lebensform als alltägliche Interaktionsform erweitert (vgl. Dewey 1916/2011: S. 121). In Verknüpfung mit dem von Jürgen Habermas vorgeschlagenen deliberativen Demokratiebegriff (Habermas 1998) wird davon ausgegangen, dass alle von Entscheidungen Betroffenen (vgl. H. Richter 2019: S. 23) die Entscheidungen verständigungsorientiert herbeiführen. Dies ist insbesondere in der Kommune möglich. So können Erfahrungen demokratischer Partizipation gemacht werden, indem die Mitglieder der kommunalen Gemeinschaft sich verständigen und gemeinsam über strittige Fragen beraten und entscheiden (vgl. ebd.: S. 157). Das Leben in der Kommune realisiert sich u. a. durch die Mitgliedschaft in Vereinen. Sie bieten die Möglichkeit zu kommunikativem Handeln und zur vereinsinternen demokratischen Mitbestimmung, aber auch zur demokratischen Verständigung in der kommunalen Öffentlichkeit (vgl. Maykus 2017: S. 143).

¹ Dazu wurden aus zeitökonomischen Gründen Teile einer Zusammenfassung aus einem Beitrag von Rolf Ahlrichs und Fabian Fritz (2019) entnommen und aktualisiert.

Es gilt das ausgeführte Konzept von anderen Ideen demokratischer Bildung zu unterscheiden. Das diesem Text zugrundeliegende Konzept der Demokratiebildung ist zunächst von der Demokratiepädagogik und dem Demokratie-Lernen der Schule (vgl. Himmelmann 2010: S. 20ff.) in dem Sinne abzugrenzen, als Schule zwar versucht, im Rahmen der demokratisch-politischen Bildung den „Schülerinnen und Schülern auch ein lebensnahes Praxis- und Erfahrungsfeld“ zu eröffnen, jedoch „trotz aller Selbstverwaltungselemente eine Zwangseinrichtung ist, die hinsichtlich ihrer zentralen Rahmenbedingungen [...] keine Demokratie der Betroffenen zulässt“ (H. Richter et al. 2016: S. 605). Somit bleibt die Schule im Kern auf die Vermittlung von Demokratie-Wissen beschränkt.

Zudem ist die Demokratiebildung von einer politischen Bildung abzugrenzen, der es (ebenfalls) „lediglich um kognitive Wissensvermittlung“ (Hafeneger 2018: S. 1112) geht. Anschlussfähig ist jedoch das Verständnis einer politischen Bildung, der es „zugleich um handlungsorientierte Lernprozesse [geht,] mit der Perspektive, dass das gelernte Wissen auch im staatsbürgerlichen Handeln, in der biographischen Entwicklung und der politisch-sozialen Lebenswelt reflexiv bedeutsam und praktisch relevant ist bzw. wird“ (ebd.).

Dieses Potential bringen am ehesten (Jugend-)Vereine und Verbände (VuV) mit sich. Wibke Riekmann spricht an dieser Stelle vom Potential zur „politische[n] Bildung mit ‚Ernstfallcharakter‘“ (Riekmann 2011: S. 195), da VuV politische Themen in und aus ihrem kommunalen Umfeld transferieren können. An dieser Stelle könnte man also vom Anspruch einer Einheit von Theorie und Praxis sprechen. Basis dafür ist die lokale Eingebundenheit. Übernehmen bspw. junge Menschen ein Ehrenamt, so können sie an den demokratischen Strukturen ihres Vereins oder Verbands teilnehmen und werden günstigstenfalls auch in den lokalen demokratischen Strukturen ihres Gemeinwesens wirksam. Junge Menschen können in VuV also als Demokrat*innen in demokratischen Strukturen Demokratiebildung erfahren, demokratisch agieren und agieren dabei in einem pädagogischen Verhältnis. Diesem Verständnis folgend ist Sozialpädagogik in

ihrem Kern Kinder- und Jugendbildung, die qua ihrer institutionellen Anbindung als Kommunal- und Vereinspädagogik in Einheit von Demokratiepraxis und -bildung realisiert wird und damit den sozialpädagogischen Bildungsauftrag zur Demokratiebildung erfüllen kann (vgl. E. Richter et al. 2016: S. 114).

Jedoch stehen dem negative Einflussgrößen gegenüber, denn auch Jugend-VuV sind, so wie viele Bereiche der Gesellschaft, „Ent-Demokratisierungstendenzen ausgesetzt, die als Familiarisierung, Zentralisierung und Verbetrieblichung/ Dienstleistungsorientierung beschrieben wurden und perspektivisch die Vereinsprinzipien außer Kraft setzen“ (Riekmann 2011: S. 298).

Im Folgenden wollen wir diese Tendenzen positiv wenden und die zentralen Prinzipien und Strukturmerkmale von Vereinen als Bedingungen für gelingende Demokratiebildung herausstellen. Diese Prinzipien und Merkmale sollen anschließend in ein Verhältnis zu den aktuellen Entwicklungen rund um die Corona-Pandemie gesetzt und ein Bezug zu den Beiträgen unserer Kolleg*innen hergestellt werden.

Gelingensbedingungen von Demokratiebildung im Verein

Helmut Richter verweist im Zuge seiner Ausarbeitungen zur gelingenden Demokratiebildung auf die Notwendigkeit des Vorhandenseins der Vereinsprinzipien (H. Richter 2019: S. 168), wie sie Bühler et al. wie folgt systematisieren:

„Der Verein ist also eine soziale Gruppe (bzw. Organisation), die sich anhand der freiwilligen, formalen, nicht ausschließenden Mitgliedschaft abgrenzt, ein gemeinsames Vereinsziel und Mitgliederhandeln aufweist, sich lokal begrenzt und dauerhaft angelegt sein soll [...] und [die] über ein gewisses Maß an ‚Öffentlichkeit‘ verfügt.“ (Bühler et al. 1978: S. 43)

Die Verwirklichung dieser Prinzipien lässt sich unserer Meinung nach in folgenden drei Kernaspekten zusammenfassen:

Demokratiebildung braucht **demokratisch verfasste Strukturen**, die Kindern und Jugendlichen gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Über die bei Bühler angeklungene verfasste Mitgliedschaft hinaus sind Rahmenbedingungen

notwendig, die ein *demokratisches* Ehrenamt (vgl. H. Richter et al. 2016: S. 606) möglich machen. Dieses Engagement besteht etwa darin, wenn junge Menschen eine gewählte, auf Langfristigkeit ausgelegte und mit gegenseitiger Verpflichtung verknüpfte Funktion übernehmen können. Im Gegensatz zu Projekten, Planspielen und Wissen vermittelnden Lernsettings können so Erfahrungen der Wirksamkeit der eigenen Entscheidungen und Verantwortung gemacht werden, die eine Bedeutung über einen temporär beschränkten Zeitrahmen in Form eines Modellcharakters hinaus haben. Kurz gesagt: Hier geht es um etwas! Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche in Vereinen treffen, haben in diesem Fall greifbare Konsequenzen und ermöglichen so ein demokratisches Erfahrungslernen in realen demokratischen Settings. Sind diese, wie es bei den meisten Vereinen der Fall ist, lokal eingebunden, werden sie für das soziale Umfeld sichtbar und gewinnen nochmals an Bedeutung.

Dass jedoch die Struktur alleine nicht ausreicht, darauf weisen bereits Putnam et al. hin, wenn sie den Einwand bringen, dass auf der formal-strukturellen Ebene auch der Ku-Klux-Klan die Möglichkeit biete, sich zu engagieren und ein Ehrenamt auszuüben (vgl. Putnam et al. 2004: S. 96; H. Richter et al. 2016: S. 604). Gerade mit Blick auf die deutsche Geschichte und die Rolle der Vereine bei der Begünstigung des Aufstiegs der NSDAP in der Weimarer Republik (vgl. Berman 1997: S. 401ff.), sollte also der Aspekt einer Weltanschauung – also konkret einer **demokratischen Weltanschauung** nicht von den Strukturmerkmalen überlagert werden. Die Jugendpflege am Ende der Weimarer Republik zeichnete sich aus durch eine Ausgrenzung politischer Debatten und eine Anordnung der Neutralität – zugunsten der Volksgemeinschaftspropaganda (vgl. Giesecke 1981: S. 148f.). Will ein Verein Mitgliedschaft ermöglichen, die auf sozialer Ungleichheit basierende Ausschlusskriterien überwindet, braucht es neben den gemeinsam geteilten Interessen der Mitglieder Konfliktfähigkeit sowie Pädagog*innen und Jugendliche, die in die Lage kommen, sich über die Ursachen der Symptome der Ungleichheit und damit verbundene gesellschaftliche Ausschlussmechanismen – wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus, Konkurrenz, etc. – bewusst zu werden und für ihre

Überwindung zu streiten. Will ein Verein in Zeiten einer erneuten Konjunktur rechten Denkens und Handelns für alle offen sein, dann muss er sich diskriminierungskritisch und menschenfreundlich aufstellen. Gegen die reflexartigen Verweise auf eine vermeintliche politische Neutralität kann auf die Geschichte verwiesen werden. Diese Debatte erscheint als Ablenkung, wenn sie darauf zielt, sich nicht zu positionieren und rechte und linke Positionen gleichzusetzen – denn „[r]assistische Anschauungen und die Ablehnung von Rassismus liegen sicher nicht auf einer Ebene – Humanismus und Menschenfeindlichkeit auch nicht“ (Ziegler/Fritz 2020 i.E.). Es ist also – und hier lässt sich ein Bogen zur politischen Bildung spannen – notwendig, entsprechendes Wissen zu vermitteln und eine entsprechende Praxis im Vereinsalltag zu kultivieren.

Bühler führt aus, dass Vereine über eine (lokale) Öffentlichkeit verfügen sollten. Damit kann jedoch nicht nur gemeint sein, dass sie in ihr Gemeinwesen hinein verbal kommunizieren. Notwendigerweise interagieren die Vereinsmitglieder auch durch konkretes Handeln mit ihrem Umfeld. Hier gilt es, die angesprochenen gegenseitigen Verpflichtungen und Perspektiven in den Blick zu nehmen. Anders gesprochen geht es darum, „dass die Ressource **gesellschaftliche[r] Solidarität** [nicht] unter Verweis auf die Erweiterung individueller Freiheiten beliebig verknappt [wird]“ (H. Richter 2019: S. 8). Gerade Mitglieder eines Vereins sind potentiell gewillt, gesellschaftlich zu handeln. Zum einen üben sie dazu Solidarität innerhalb ihres Vereins aus. Jedoch bekommt durch die Interaktion des jeweiligen Vereins mit seinem lokalen Gemeinwesen/seiner Kommune diese Interaktion eine umfassendere gesellschaftliche Bedeutung – sofern der Verein in die Kommune bzw. in die Gesellschaft über den Verein hinaus involviert ist. Voraussetzung dafür ist die „Kommunikation und kooperative[] Entschlussfassung über jene Angelegenheiten, die Menschen gemeinsam sind“ (Hark 2019: S. 30). Die lokale Eingebundenheit von Vereinen ermöglicht innerhalb solcher Verständigungen Potentiale von kollektiven Lernerfahrungen, sowohl in Bezug auf Solidarität, Politik als auch auf Demokratie.

Die Corona-Pandemie bringt die hier genannten Potentiale schlaglichtartig zum Vorschein. Einige wollen wir exemplarisch in Bezug auf das von uns Geschriebene festhalten.

Demokratiebildung konkret – Schlaglichter zum Umgang mit der COVID-19-Pandemie

In ihrem Beitrag zu den kurz- und längerfristigen Folgen des Umgangs mit der Pandemie warnen Neumann und Pichl vor einer „autoritäre[n] Wende und [...] [der] Normalisierung des Ausnahmezustands“ sowie deren politischen Auswirkungen. Prantl formuliert es wie folgt:

„Und wenn das Wir-Gefühl mit der Zeit zerbröselt? Muss dann mehr Kontrolle her? Mehr Überwachung? Mehr Polizei? Es wird, je länger die Krise währt, und wie lange sie währt weiß im Augenblick niemand, wachsame Demokraten genauso brauchen wie gute Virologen. Gesellschaft und Demokratie leben von dem und bestehen aus dem, was jetzt ‚Sozialkontakt‘ heißt, und was jetzt rigoros vermieden werden soll – aus Gründen der Solidarität mit den von Corona besonders gefährdeten Menschen.“ (Prantl 2020)

Kommende „soziale Kämpfe“, so Neumann und Pichl, „sind auf ein kollektives Zusammentreffen und die Adressierung von Öffentlichkeit angewiesen“ (Neumann/Pichl 2020). VuV haben genau diese Potentiale: sie sind Kollektive und sie können eine (lokale) Öffentlichkeit adressieren. Auseinandersetzen muss sich die Sozialpädagogik in dieser Zeit jedoch noch einmal mehr mit der ihr seit ihrer Entstehung eigenen Familienfixierung. In den 1970er Jahren wurde Kritik an der Fixierung auf die Familie – die mit der aktuellen Orientierung auf das „zuhause (in der Familie) bleiben“ wieder hochaktuell ist – stark geübt und für eine öffentlichkeitsfremde Haltung sowie eine unterentwickelte politische Sozialisation verantwortlich gemacht. In der Debatte auf dem Vierten Deutschen Jugendhilfetag 1970 hieß es:

„Sein Horizont [der des Einzelnen, Anm. der Verf.] bleibt zu eng auf Familie und Beruf beschränkt; er verfügt über zu wenig Anregungen und Ausgleichsmöglichkeiten für Belastungen oder Frustrationen im Beruf wie auch gegenüber Spannungen, Langeweile oder Übersättigung in Ehe und Familie. Vor allem aber entwickelt sich gegenüber den übergreifenden Gruppen eine desintegrative, wenn nicht gar mißtrauische Fremdheit und verhindert die Entwicklung einer selbstsicheren Offenheit, wie sie unerlässlich für die Integration

eines jeden Gemeinwesens und für eine politische Meinungsäußerung, Meinungsbildung und Aktivität einer sich demokratisierenden Öffentlichkeit ist.“ (Hornstein 1970: S. 34)

Dieser öffentlichkeitsfremden Haltung wirken am besten diejenigen VuV entgegen, die an ihrer Aufgabe einer inhaltlichen und weltanschaulichen Bildung festhalten. Diese VuV haben auch Ideen, wie sie in der zugespitzten Lage solidarisch und öffentlich wirken können. Es verwundert daher nicht, dass der Jugendverband der Falken sich mit Geflüchteten solidarisiert und dazu die ihm zur Verfügung stehende Öffentlichkeit nutzt und zur Solidarität seiner Mitglieder aufruft (vgl. Die Falken 2020).

Ein Beispiel der konkreten Solidarität im kommunalen Umfeld sind auch die Aktivitäten zahlreicher Pfadfinder, wie bspw. im Ort Rodenbach. Hier wird ersichtlich, welche Rolle die demokratischen Strukturen spielen, wenn dort die Leiterrunde des Pfadfinderstamms die Hilfeangebote seiner Mitglieder koordiniert. Diese stellen beispielsweise Einkaufsdienste für Ältere und einen Telefondienst zur Verfügung (vgl. Hanauer Anzeiger 2020).

Vereine sind auf Grund der vereinsinternen Solidarität besser aufgestellt als kommerzielle Anbieter. Deutlich wird dies bspw. wenn der Vorsitzende eines Sportvereins aus Hamburg erklärt, wieso Fitnessstudios aktuelle Mitglieder verlieren, aber sein Verein nicht:

„Ein Mitglied in einem Sportverein ist mehr mit Herzblut dabei, der hat den Solidargedanken einer Gemeinschaft. Und insofern ist die Bereitschaft, den Verein dann aufgrund dieser Situation [Corona, Anm. der Verf.] zu verlassen relativ gering.“ (ZDF/Homeira Rhein 2020)

Dies zeigt exemplarisch auf, inwiefern hier auch schon Bildung zur Gemeinschaft stattgefunden hat – zumindest vereinsintern. Gehen diese Beispiele aber schon über den Gedanken des Zusammenhalts hinaus, bei dem es vor allem darum geht, eine bis dato existierende Normalität aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen? Und gehen diese Beispiele über die Defizitorientierung hinaus, auf die die Sozialpädagogik (auch im Bereich der Jugendarbeit) in der Praxis gerne reduziert wird?

Sicherlich wäre die Reihe solcher Beispiele, die die Rolle der Vereine verdeutlichen, an dieser Stelle noch weiter fortsetzbar. Es gilt jedoch für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Vereinen und Verbänden genau hinzuschauen, welche gesellschaftliche Funktion sie aktuell einnehmen und dies zu einem späteren Zeitpunkt empirisch zu erheben. Dies bringt uns zu der Verknüpfung mit den Ausführungen unserer Kolleg*innen aus und um die Sozialpädagogik an der Universität Hamburg, die ebenfalls Ableitungen für die mit der Demokratiebildung eng verknüpften Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit und der politischen Bildung vornehmen.

Im folgenden Abschnitt wollen wir an diese Gedanken anknüpfen und anschließend daran Überlegungen anstellen, wie sich die Demokratiebildung weiterentwickeln sollte, um ihren Beitrag zu einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft leisten zu können.

Risiken und Chancen von Corona für die (politische) Kinder- und Jugendbildung und -arbeit

Wohnig stellte frühzeitig seinen Beitrag mit Gedanken zur COVID-19-Situation und der politischen Bildung zur Verfügung. Er begreift die aktuelle Lage auch als Chance für politische Bildung und weist auf den Lernanlass hin, den die gesellschaftlichen Veränderungen mit sich bringen (vgl. Wohnig 2020: S. 1). Angesichts der laufenden und kommenden Einschränkungen treten Konflikte zutage, die allgemeiner sind und „bedeutungsvoll für das zukünftige Zusammenleben einer Gesellschaft“ (ebd.). Er betont den Aspekt, dass die aktuelle Lage „nicht ohne normative Aussicht auf Veränderung und Verbesserung zu denken“ sei (ebd.: S. 2). Hierin erkennt er eine Gelegenheit zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation an Fragen des künftigen gesellschaftlichen Handelns, wobei Wohnig darauf hinweist, dass dies kritisch oder affirmativ erfolgen kann. Allemal sei aber die Frage nach dem historischen Bewusstsein zu verfolgen, also danach, wie die Rahmenbedingungen sich so entwickeln konnten, wie sie sind. Für die offene Frage nach dem danach, also

die Frage danach, wie es werden wird (vgl. ebd.), ist für Wohnig das „Denken in (demokratischen) Alternativen, auch in der Form des Denkens in Utopien“ (ebd.: S. 3) als Bestandteil einer kritischen politischen Bildung umso wichtiger. Zuletzt weist er darauf hin, dass es in der Einzigartigkeit der aktuellen Lage die Frage zu beantworten gilt, wie man in der politischen Bildung mit der sozialen Distanz verfahren will und was dies für die künftige finanzielle, staatliche Absicherung bedeutet (vgl. ebd.: S. 4).

Dieser Punkt spielt im Beitrag von Lindner und Siebel in der von ihnen vorgenommenen „zukunftsweisenden Selbstvergewisserung und Selbstpositionierung“ (Lindner/Siebel 2020: S. 1) der KJA eine zentrale Rolle. Die Autoren halten fest – und damit eröffnen sie die von Wohnig angesprochene historische Perspektive –, dass die Jugendarbeit seit den 1920er Jahren unterfinanziert (vgl. ebd.: S. 4) und ihre „neuere Geschichte [...] vielfach mit dem Begriff der ‚Krise‘ verbunden“ (ebd.: S. 2) ist. Dabei verweisen die Autoren auf die deutsch-deutsche Wiedervereinigung, die PISA-Bildungskrise und die sogenannte Flüchtlingskrise (vgl. ebd.). Die KJA trat in diesen Krisen immer wieder als Akteurin auf und beteiligte sich an der Bearbeitung und Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Finanzierung blieb dabei jedoch projektbezogen und es wurde verpasst, den „professionellen Status“ der KJA anzuerkennen „und eine überdauernde, und das heißt allemal: strukturelle Anerkennung“ (ebd.: S. 3) zu gewährleisten. Lindner und Siebel sehen in der aktuellen Situation um COVID-19 eine erneute Herausforderung für die KJA und empfehlen zum einen „die konkreten Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit stichhaltig zu begründen und, wo immer möglich präzise zu dokumentieren“ (ebd.: S. 5) und zum anderen sicherzustellen, dass mit der Krise verbundene „Optionen genutzt und eingesetzt werden, damit die Kinder- und Jugendarbeit inmitten einer krisenhaften Lage und auch danach ein wenig mehr auf die Höhe ihrer Möglichkeiten gelangt“ (ebd.: S. 6). Unklar bleibt, ob die Autoren dafür plädieren, dass die KJA aus strategischen Gründen an ihrer zugeschriebenen defizitorientierten Rolle des Problemlösers festhalten solle (allerdings gut dokumentiert), um ihre Finanzierung und Anerkennung über die Krise hinaus zu sichern.

Im Folgenden wollen wir unter Berücksichtigung dieser Beiträge die Ableitungen zur Demokratiebildung konkretisieren, anhand der Vorschläge der Kolleg*innen schärfen bzw. eigene Ausblicke beitragen.

Fazit und Ableitungen

Wenn Neumann und Pichl schreiben, dass „[k]eine solidarische Nachbarschaftshilfe [...] den politischen Raum ersetzen [kann], den es braucht, um das alles [eine Agenda für die Zeit nach COVID-19, Anm. der Verf.] auszuhandeln“, ist ihnen zuzustimmen. Erweitert man diesen Blick jedoch um die Perspektive von Demokratie als Lebensform, so rückt die Ressource der gesellschaftlichen Solidarität in den Mittelpunkt. Kreilinger et al. (2020) schreiben in ihrem Diskussionspapier „Corona. Kapital. Krise. Für eine solidarische und ökologische Alternative“:

„Die Entwicklung solidarischer Verbindungen und Netze sowie der Aufbau von demokratischen Basisorganisationen in den Betrieben, am Wohnort sowie an der Uni und in der Schule ist unabdingbar, um die Krise zu bewältigen und Alternativen auszuarbeiten. Genau diese Organisierung ist angesichts der erschwerten direkten menschlichen Kontakte ausgesprochen schwierig. Dennoch müssen wir darüber nachdenken, wie wir mit herkömmlichen und neuartigen Kommunikationsmitteln diese Herausforderung bewältigen. Diese Solidarität ist die Grundlage, um weitergehende gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln.“ (Kreilinger et al. 2020: S. 55)

Wir erweitern die Aufzählung um die Vereine und Verbände, die potentielle Orte der Bildung zur Demokratie und Solidarität darstellen – gerade die aktuelle Zeit zeigt dies. Es gilt dann jedoch zu fragen, wie es gelingen kann, an den solidarischen Aktivitäten der VuV anzuknüpfen und gleichzeitig einen größeren gesellschaftlichen Rahmen herzustellen, um die aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu bearbeiten.

Dies gelingt insbesondere dann, wenn man erst einmal das Potential der VuV zur Demokratiebildung ernstnimmt. Denn Vereine haben den Vorzug, dass wenn man an ihnen „statt an den klassischen Institutionen bürgerlicher Öffentlichkeit: dem Parlament und der Presse bzw. den Massenmedien, anzuknüpfen [versucht] [...], [...] der Verein nicht von vornherein unter dem Verdacht von

systemischen Herrschaftsinteressen steht“ (vgl. H. Richter 2019: S. 168). Nichtsdestotrotz lässt sich eine Kolonialisierung der VuV durch Kommerzialisierung nicht von der Hand weisen. Als Triebkraft demokratischer Bildung und auch als Keimzelle von Solidarität gilt es jedoch, sie in der Frage nach „Demokratie oder Kapitalismus?“ zu berücksichtigen. Für uns ergeben sich daher aus den eigenen Ausführungen und den Beiträgen der Kolleg*innen folgende bedenkenswerte Aspekte:

Für die Vereine

Vereine haben theoretisch und praktisch das Potenzial, jungen Menschen demokratische Erfahrungen zu eröffnen, die über den begrenzten Rahmen des Vereins hinausgehen. Organisiert im Verein können Kinder und Jugendliche öffentliche Akteure sein, die gesellschaftlich handeln. Damit dieses Potential wahrgenommen werden kann, müssen sich die Vereine ihres Bildungsauftrags bewusst sein, der über die ihnen gerade in Krisen zugeschriebene Rolle des defizitorientierten Problemlösers hinausgeht. Dies sollte mit einer in diesem Sinne selbstbewussten Haltung in die politische Debatte getragen werden.

Für die Politik

Mit den in Artikel 2 §5 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht festgelegten Entlastungen ist ein die Formalia der Vereine betreffender notwendiger Schritt in die richtige Richtung gegangen worden. Diese Erleichterung darf jedoch kein Demokratiedefizit nach sich ziehen, indem sie zur Dauerlösung wird.

Dass in den meisten Bundesländern nur jene gemeinnützigen Vereine Hilfsleistungen beantragen können, die unternehmerisch tätig sind, gilt es umgehend zu beheben. Dies verkennt ihre gesellschaftliche Relevanz.

Für die politische Bildung

Die politische Bildung sollte die Rolle der VuV als Ort der Demokratiebildung stärker anerkennen. Wohnig bemerkt folgerichtig, dass es mehr demokratische

Alternativen und mehr utopisches Denken geben sollte. Wir sind der Auffassung, dass diese Potentiale mit den VuV bereits vorhanden sind, denn eine Pädagogik, die im Sinne einer Kommunalpädagogik die Vereine und das lokale Umfeld und damit die Gesellschaft mitdenkt, *ist* bereits eine konkrete Utopie (vgl. H. Richter 2019: S. 2). Der Ausbau von Schnittstellen zwischen Demokratiebildung und politischer Bildung durch Projekte wie „Lernort Stadion“ (vgl. Ziegler/Fritz 2020 i.E.), durch Sportvereine oder Verbände, die einen Anspruch politischer Bildung verfolgen, wie etwa die Falken oder das Jugendwerk der AWO (vgl. Riekmann 2011: S. 146), sollten intensiviert werden.

Für die Wissenschaft

Vereine und Verbände stellen in der Sozialwissenschaft und in der Bildungsforschung trotz einiger Bemühungen immer noch einen unterbelichteten Bereich dar; sie sollten in ihrer gesellschaftlichen Funktion und hinsichtlich ihrer Demokratiebildungspotentiale genauer in den Blick genommen werden.

Literatur

Ahrlrichs, Rolf/Fritz, Fabian (2019): Demokratiebildung in antidemokratischen Zeiten. Der Beitrag der Vereine zur Sicherung der Demokratie - zwei empirische Einblicke aus Europa. In: Der pädagogische Blick 27 (1), S. 39–48.

Berman, Sheri (1997): Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic. In: World Politics 49 (3), S. 401–429.

Bühler, Walter/Kanitz, Horst/Siewert, Hans-Jörg (1978): Lokale Freizeitvereine. Entwicklung, Aufgaben, Tendenzen. St. Augustin: Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung.

COE - Council of Europe (2010): Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung „CM/Rec(2010)7“ des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten. (<https://rm.coe.int/1680489411>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).

Dewey, John (1916/2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Herausgegeben von Jürgen Oelkers. 8. Auflage. Weinheim: Julius Beltz.

Die Falken (2020): Corona macht keinen Unterschied zwischen uns, aber die Gesellschaft umso mehr. (<https://www.wir-falken.de/aktuelles/meldungen/10826782.html>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).

- Geier, Andrea (2020): Digital, aber prekär. Das Sommersemester soll ein „Nicht-Semester“ werden. In: TAZ, 01.04.20. (<https://taz.de/!5675760/>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).
- Giesecke, Herrmann (1981): Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. München: Juventa.
- Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 56 (5), S. 59–70.
- Habermas, Jürgen (2019): Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 1. Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen. Berlin: Suhrkamp.
- Hafeneger, Benno (2018): Politische Bildung. In: Tippelt, Rudolf/Schmidt-Hertha, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 1111–1132.
- Hanauer Anzeiger (2020): Rodenbachs Pfadfinder bieten in Corona-Krise kostenlos Dienstleistungen für Hilfsbedürftige an. (<https://www.hanauer.de/region/rodenbach/sars-cov-2-pandemie-rodenbachs-pfadfinder-bieten-corona-krise-kostenlos-dienstleistungen-13610196.html>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).
- Hark, Sabine (2019): Solidarität subaltern. Demokratische Zerreißproben in neoreaktionären Zeiten. In: Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 22–35.
- Himmelman, Gerhard (2010): Brückenschlag zwischen Demokratiepädagogik, Demokratie-Lernen und Politischer Bildung. In: Lange, Dirk/Himmelman, Gerhard (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–30.
- Hornstein, Walter (1970): Kindheit und Jugend in der Gesellschaft: Dokumentation des 4. Deutschen Jugendhilfetags. München: Juventa.
- Kreiling, Verena/Wolf, Winfried/Zeller, Christian (2020): Corona. Kapital. Krise. Für eine solidarische und ökologische Alternative. (<http://www.oekosoz.org/wp-content/uploads/2020/04/Corona-Kapital-Krise.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020)
- Lindner, Werner/Siebel, Claudius (2020): Kinder- und Jugendarbeit in (und nach) der „Corona-Krise“ – Strategische Reflexionspotenziale. (Per E-Mail verschickter Reflexionstext. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).
- Maykus, Stephan (2017): Kommunale Sozialpädagogik. Theorie einer Pädagogik des Sozialen in der Stadtgesellschaft. Weinheim: Beltz Juventa.

- Negt, Oskar/Morgenroth, Christine (2017): Wo denken wir hin?! Kompetenzen zur Orientierung in einer fragilen Welt. Vortrag bei Universität Graz Arbeitsbereich Erwachsenenbildung/Weiterbildung, 18.11.2017.
- Neumann, Mario/Pichl, Maximilian (2020): Die Welt nach Corona wird jetzt ausgehandelt. In: Freitag, 20.03.20. (<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-welt-nach-corona-wird-jetzt-ausgehandelt>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).
- Prantl, Heribert (2020): Prantls Blick: Zwangspause für eine erschöpfte Gesellschaft In: SZ, 15.03.2020. (<https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-coronavirus-pandemie-1.4845298> Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).
- Putnam, Robert D./Feldstein, Lewis M./Cohen, Don (2004): Better together. Restoring the American community. (https://wcfia.harvard.edu/files/wcfia/files/762_bettertogether.pdf. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).
- Richter, Elisabeth/Richter, Helmut/Sturzenhecker, Benedikt/Lehmann, Teresa/Schwerthelm, Moritz (2016): Bildung zur Demokratie – Operationalisierung des Demokratiebegriffs für pädagogische Institutionen. In: Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim: Beltz Juventa, S. 106–131.
- Richter, Helmut (2001): Kommunalpädagogik. Studien zur interkulturellen Bildung. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Richter, Helmut (2010): Vereinspädagogik. Über demokratische Beteiligung von Jugendlichen in ihren Verbänden und Einrichtungen. In: Groschopp, Horst (Hrsg.): Humanismus und junge Generation. Aschaffenburg: Humanistische Akademie Berlin, S. 136–152.
- Richter, Helmut (2019): Sozialpädagogik – Pädagogik des Sozialen. Grundlagen, Institutionen und Perspektiven der Jugendbildung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Richter, Helmut/Sturzenhecker, Benedikt/Maykus, Stephan (2016): Wo wird Mensch Demokrat? Anfragen zur Demokratiebildung in (Sport-)Vereinen. In: Neue Praxis 46 (6), S. 603–611.
- Riekmann, Wibke (2011): Demokratie und Verein. Potenziale demokratischer Bildung in der Jugendarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schrappe, Matthias/François-Kettner, Hedwig/Gruhl, Matthias/Knieps, Franz/Pfaff, Holger/Glaeske, Gerd (2020): Datensbasis verbessern. Prävention gezielt weiterentwickeln. Bürgerrechte wahren. Thesenpapier zur Pandemie durch SARS-CoV-2/Covid-19 vom 06.04.2020, (<https://www.springerpflege.de/resource/content/%22Thesenpapier%20zur%20Pandemie%20...%22%20im%20Wortlaut.pdf/17868958> Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).

Sturzenhecker, Benedikt (2019): Vorwort zur Neuauflage. In: Richter, Helmut (Hrsg.): Sozialpädagogik – Pädagogik des Sozialen. Grundlegungen, Institutionen und Perspektiven der Jugendbildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. VII–XIII.

Wohnig, Alexander (2020): Die Corona-Krise und Perspektiven politischer Bildung. (https://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/politik/mitarbeiter/wohning/wohning_pbundcorona.pdf. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).

ZDF/Homeira Rhein (2020): Sportvereine in der Corona-Krise. (<https://www.gwharburg.de/blog/sportvereine-in-der-corona-krise-ein-bericht-vom-zdf-und-homeira-rhein/>. Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020).

Ziegler, Holger/Fritz, Fabian (2020 i.E.): „Kein Fußball den Faschisten“ - Zum Projekt „Bildung am Millerntor“. Potentiale und Grenzen der politischen Jugendbildung und Demokratiebildung nach dem Lernort-Stadion-Modell beim Museum für den FC St. Pauli. In: Kotthaus, Jochem/Arnold, Patrick (Hrsg.): Sportfans im Blickpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung. Doppelpass – Spiel zwischen sozialarbeiterischer Praxis und wissenschaftlicher Fanforschung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Über die Autor*innen:

Fabian Fritz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department Soziale Arbeit an der HAW Hamburg und promoviert an der Universität Hamburg zur Demokratiebildung in Sportvereinen, Kontakt: f.fritz@haw-hamburg.de

Sinah Mielich promoviert am Arbeitsbereich Sozialpädagogik zum Problem der Einheit der Kinder- und Jugendhilfe und lehrt im „Projektstudium 'Uni in gesellschaftlicher Verantwortung'“ an der Fakultät Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg, Kontakt: sinah.mielich@uni-hamburg.de